| **Kenntnisnahme** | Vorlagen-Nr.: **VO/7080/2019**<br>Status: öffentlich<br>Datum: 29.10.2019 |
|---|---|
| Dezernat:<br>Fachdienst:<br>Sachbearbeiter/in: | I<br>FB 1 Zentrale Dienste<br>Dr. Pöttgen, Nicole |

Beratungsfolge:

| **Gremium** | **Zuständigkeit** | **Sitzung ist** |
|---|---|---|
| Magistrat | Kenntnisnahme | Nichtöffentlich |
| Haupt- und Finanzausschuss | Kenntnisnahme | Öffentlich |

## Gesetz "Starke Heimat Hessen" - Antworten der Landtagsabgeordneten

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss wird gebeten, die Antworten der Landtagsabgeordneten zum Schreiben zur Heimatumlage vom 26. September 2019 zur Kenntnis zu nehmen.

Sachverhalt:

Am 26. September 2019 hatte der Unterzeichner die heimischen Landtagsabgeordneten sowie die Fraktionen des Hessischen Landtags aufgrund der nachteiligen Folgen des Gesetzes „Starke Heimat Hessen“ für die Finanzlage der Universitätsstadt Marburg angeschrieben.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Anlagen:

- Antwort von Michael Boddenberg
- Antwort von Nancy Faeser
- Antwort von Dr. h. c. Jörg-Uwe Hahn
- Antwort von Angelika Löber

MICHAEL BODDENBERG

VORSITZENDER DER CDU-FRAKTION
IM HESSISCHEN LANDTAG

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 350 532
Telefax (0611) 350 555
m.boddenberg@ltg.hessen.de
www.cdu-fraktion-hessen.de

Der Magistrat
der Universitätsstadt Marburg
Eing. 21. Okt. 2019
Anlagen

Magistrat der Universitätsstadt Marburg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Spies
Barfüßerstraße 50
35035 Marburg

Wiesbaden, 16.10.2019
SCH

**Gesetz „Starke Heimat Hessen"**

Sehr geehrter Herr Dr. Spies,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26.09.2019, hier eingegangen am 07.10.2019, mit dem Sie Ihre Ausführungen zum Gesetzentwurf „Starke Heimat Hessen" an mich weitergegeben haben.

In den vergangenen Jahren hat die CDU-geführte Landesregierung viele einzigartige Programme auf den Weg gebracht, um Hessens Kommunen nachhaltig zu stärken. Der Kommunale Schutzschirm, die HESSENKASSE oder die Investitionsprogramme haben Wirkung gezeigt und dazu geführt, dass es Hessens Kommunen grundsätzlich finanziell gut geht. Die Kommunalen Spitzenverbände sprachen in dem Zusammenhang von „kommunalfreundlicher Politik" der Landesregierung. Auch die Stadt Marburg hat von einigen dieser Maßnahmen außerordentlich profitiert. Beispielhaft seien die bis zu 11 Mio. Euro aus dem Investitionsprogramm der HESSENKASSE genannt, die für wichtige Investitionen genutzt werden können.

Unser Gesetzentwurf zum Programm der „Starken Heimat Hessen" soll nun der weiteren Stärkung der Kommunen und der Solidarität untereinander dienen und sich somit an die o.g. Programme anschließen.

Wie Sie richtig dargelegt haben, läuft Ende des Jahres die Regelung zur erhöhten Gewerbesteuerumlage mit einem Volumen von rund 400 Mio. Euro aus. Diese Mittel würden zwar direkt den Kommunen zufließen, jedoch würden vor allem wenige gewerbesteuerstarke Städte und Gemeinden profitieren. Für einen Großteil der hessischen Kommunen gäbe es jedoch nur geringe positive Veränderungen. Grund dafür ist die extreme Spreizung bei den Erträgen der Gewerbesteuer in Hessen. Die Problematik dieser Spreizung wurde auch im jüngsten „Kommunalen Finanzreport" der Bertelsmann-Stiftung thematisiert.

Als Landesregierung haben wir jedoch das Wohl aller Kommunen im Blick und sehen uns auch in der Pflicht, solidarisch mit den schwachen Kommunen umzugehen, dabei aber die Bedürfnisse der gewerbesteuerstarken und damit wohlhabenden Kommunen nicht zu vergessen. Hier setzt das Programm der „Starken Heimat" an.

25% der ursprünglichen Umlage, also rund 100 Millionen Euro werden nicht mehr erhoben, so dass die gewerbesteuerstarken Kommunen profitieren. Weitere 25%, also noch einmal rund 100 Millionen Euro fließen in den KFA und machen diesen noch gerechter. Hiervon profitieren nämlich

die eher gewerbesteuerschwachen Kommunen. Somit bleiben allen Städten und Gemeinden in Hessen 200 Millionen Euro direkt zur „freien" Verfügung. Die restlichen 50%, also ebenfalls 200 Millionen Euro, sollen unbürokratisch für wichtige Zukunftsaufgaben wie Kinderbetreuung oder Digitalisierung bereitgestellt werden. Dies wird zum Großteil über die Erhöhung von Pauschalen abgerechnet, so dass kein Verwaltungsaufwand entsteht. Zudem werden durch diese Erhöhungen defizitäre Teile im Haushalt entlastet. Hierdurch werden Mittel frei, die anderweitig eingesetzt werden können. Das bedeutet, dass auch ein Großteil dieser Mittel frei verfügbar ist.

Ohne die Einführung der Heimatumlage wäre die Realisierbarkeit der einzelnen Maßnahmen erheblich von der Steuerkraft und damit auch der Gewerbesteuerkraft der einzelnen Kommunen abhängig. Wir in Hessen wollen im Sinne unseres Verfassungsauftrags auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hinwirken. Alle Kommunen sollen die Möglichkeit haben, ihren Bürgerinnen und Bürgern zum Beispiel ein gutes Angebot an Kinderbetreuung zu bieten oder die Digitalisierung voranzutreiben.

Uns ist bewusst, dass wir von einigen Kommunen - im Sinne des sogenannten Alsfeld-Urteils - eine gewisse Solidarität einfordern. Hierzu gehört auch die Universitätsstadt Marburg. Trotzdem sind wir überzeugt, diese Kommunen nicht zu überfordern. Es ist festzuhalten, dass gegenüber dem aktuellen Jahr 2019 keine einzige Stadt oder Gemeinde in Hessen weniger finanzielle Mittel erhält. Durch den Teil der Umlage, der nicht mehr erhoben wird sowie die Programmbestandteile für die Kinderbetreuung oder die Digitalisierung erhalten auch die gewerbesteuerstarken Kommunen im Jahr 2020 mehr Geld als 2019. Ihre Behauptung, dass der Mehrzahl der Kommunen im Landkreis Marburg-Biedenkopf erhebliche Mittel entzogen werden, kann ich dabei nicht nachvollziehen. Wenn man die Rechnung „Gewinner" gegen „Verlierer" tatsächlich durchführt, so werden nur fünf Kommunen weniger Mittel zur Verfügung haben als bei einem Auslaufen der Umlage ohne Regelung, bei 17 Kommunen dagegen gibt es positive Effekte.

Insgesamt wird sich die finanzielle Situation der Landkreise, Städte und Gemeinden im Jahr 2020 sehr positiv verändern. Zuzüglich zu den Mitteln der Heimatumlage wird der Kommunale Finanzausgleich um rund 330 Mio. Euro anwachsen. Außerdem werden Bundesmittel, beispielsweise aus dem Gute-Kita-Gesetz, weitergegeben. Insgesamt ergibt sich damit für die Kommunen in Hessen im Jahr 2020 eine Verbesserung von rund einer Milliarde Euro gegenüber 2019.

Es ist beabsichtigt mit unserem Programm Hessen, unsere Heimat, noch stärker, gerechter und solidarischer zu machen. Es ist ausdrücklich nicht die Absicht, Gelder für Landeszwecke zu vereinnahmen. Jeder Euro fließt den Kommunen bzw. kommunalen Zwecken oder Projekten zu, ganz im Sinne der Bürgerinnen und Bürger um die es letztlich uns allen geht.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION
IM HESSISCHEN LANDTAG

HESSEN SPD
LANDTAGSFRAKTION

SPD-Landtagsfraktion | Schlossplatz 1 – 3 | 65183 Wiesbaden

Magistrat der Universitätsstadt Marburg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Spies
Barfüßerstraße 50
35 035 Marburg

**Referat I (Haushalt)**

**Durchwahl:**
0611/ 350-505

**Email:**
s.jung@ltg.hessen.de

**Unser Zeichen:**
NF/SJ/he-885

**21.10.2019**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Spies,
lieber Thommy,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. September 2019 zum Thema „Gesetz „Starke Heimat Hessen"" in dem Sie mich im Namen der Universitätsstadt Marburg um meine Unterstützung in Ihren Bestrebungen dafür, dass die so genannte Heimatumlage nicht eingeführt wird und das entsprechende Gesetz im Hessischen Landtag somit keine Mehrheit findet, bitten. Sie schildern außerdem, dass Sie die finanziellen Mittel aus der Gewerbesteuer für den kommunalen Haushalt in voller Höhe selbst für die vielfältigen Aufgaben, denen sich die Stadt Marburg gegenüber sieht, benötigen. Zu Ihren Anmerkungen nehme ich gerne kurz Stellung.

Lassen Sie mich vorwegnehmen, dass ich Ihre Ausführungen absolut nachvollziehen kann. Auch wir als SPD-Landtagsfraktion sind der Auffassung, dass die finanziellen Mittel, die durch den Wegfall der befristet erhöhten Gewerbesteuerumlage ab dem Jahr 2020 frei werden, vollständig an die Kommunen weitergegeben werden sollen.

Es ist unseres Erachtens nach notwendig, dass der Hessische Landtag die Finanzierung der Städte und Gemeinden deutlich verbessern muss. Wir Sozialdemokraten haben bereits im Zuge der Neuregelung des KFA im Jahre 2015 immer wieder deutlich gemacht für wie kommunalfeindlich wir den KFA auch nach den vorgenommen Nachbesserungen immer noch halten. Nicht umsonst bekommen die Städte, Landkreise und Gemeinden heute rund 500 Millionen Euro weniger als ihnen nach dem KFA-Recht vor 2011 zustehen würden. Damit bleiben die hessischen Kommunen auch weiterhin unterfinanziert.

Es ist mehr als bedauerlich, dass die schwarz-grüne Landesregierung nicht zu begreifen scheint, dass sie mit ihrer kommunalfeindlichen Finanzpolitik die

Finanzkraft der Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen weiterhin schwächt und damit einhergehend ihre Zukunftsfähigkeit, die des Landes und somit am Ende die Finanzkraft aller Bürgerinnen und Bürger.

Denn das Grundproblem bleibt nach wie vor das alte:
Städte und Landkreise werden durch die Landesregierung mit zu geringen finanziellen Mitteln ausgestattet, um ihre Pflichtaufgaben erfüllen zu können. Hier zeigt sich einmal mehr, dass seitens des Landes einfach nicht mehr Geld ausgegeben werden soll. So bleiben auch viele Forderungen die wir seit Jahren gegenüber der Landesregierung erheben nach wie vor unerfüllt, seien es Investitionen in Bildung, Wohnen oder Infrastruktur.

Erst, wenn die schwarz-grüne Landesregierung die Kommunen als Partner und nicht länger als Gegner sieht, setzt sich vielleicht die Erkenntnis durch, dass die schwierige Finanzsituation, in der sich die Gebietskörperschaften durchaus unstreitig befinden, nur gemeinsam bewältigt werden kann.

Wir stehen an der Seite der Kommunen und unterstützen Sie daher in Ihren Bestrebungen, die frei werdenden finanziellen Mittel bei den Kommunen zu belassen.

Sie können sicher sein, dass die SPD-Landtagsfraktion im Einklang mit den Kommunen in ihrer Kritik und dem Versuch die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren nicht nachlassen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Nancy Faeser
Fraktionsvorsitzende

Dr. h. c. JÖRG-UWE HAHN
Mitglied des Hessischen Landtages
Vizepräsident des Hessischen Landtages
Staatsminister a. D.
Sprecher für Kommunales
Sprecher für Datenschutz

Magistrat der Universitätsstadt Marburg
Herrn Dr. Thomas Spies
Barfüßerstraße 50
35035 Marburg

Der Magistrat
der Universitätsstadt Marburg
Eing. 25. Okt. 2019
Anlagen

Wiesbaden, den 23. Oktober 2019

Resolution zum „Starke Heimat Gesetz“

Sehr geehrter Herr Dr. Spies,

herzlichen Dank für die Zusendung Ihres Schreibens zum Thema „Starke Heimat Gesetz“. Als kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag beantworte ich dieses gerne.

Die Kommunen in Hessen nehmen wichtige Aufgaben wahr – dazu stehen ihnen finanzielle Mittel, unter anderem aus den Einnahmen durch die Grundsteuer, bereit.
Die Landesregierung plant nun, zukünftig ein Gesetz unter dem Titel „Starke Heimat“ auf den Weg zu bringen. Darin wird geregelt, dass die Landesregierung den Kommunen über 400 Mio. Euro wegnimmt, um dann dieses kommunale Geld neu umzuverteilen – dabei wird vorgeschrieben, für welche Zwecke dieses Geld von den Kommunen einzusetzen ist. Insoweit scheint der Finanzminister den Kommunen nicht zuzutrauen, selbst die Entscheidungen hinsichtlich der Verwendung ihrer Einnahmen zu treffen.

Darüber hinaus erhalten die Kommunen dadurch nicht – wie angekündigt – mehr Geld; vielmehr wird ihnen erneut in die Tasche gegriffen. 25 Jahre lang hatten die Kommunen eine erhöhte Gewerbesteuerumlage gezahlt, um den Aufbau Ost mit zu unterstützen. Dieses Geld hat zwar das Land eingezogen, aber an den Bund weitergeleitet. Zum Jahr 2020 ist diese erhöhte Umlage

Fraktion der
Freien Demokraten im
Hessischen Landtag

Schloßplatz 1–3
65183 Wiesbaden

Tel. (0611) 350-560
j.hahn@ltg.hessen.de

...

nun bundesweit gestrichen worden. Für den Haushalt 2020 haben die Gemeinden deshalb mit dem Wegfall dieser finanziellen Belastung kalkuliert, denn bei dem Geld handelt es sich um ihre eigenen Einnahmen aus der örtlichen Gewerbesteuer. Lediglich in Hessen soll nun diese Umlage von den Kommunen weitergezahlt werden, damit die Landesregierung eine Umverteilung nach ihrem Gutdünken vornehmen kann.

Auch der Hessische Städtetag spricht diesbezüglich von einer „ungerechten Umverteilung zu Lasten der Städte in Hessen". Wenn der Finanzminister unsere hessische Heimat stärken wolle, so müsse er dies mit eigenen Mitteln aus seinem Landeshaushalt tun. Ebenso wird von Bürgermeistern kritisiert, dass mit jeder Aktion wie der neuen Heimatumlage Geld verloren ginge, das für die Infrastruktur vor Ort, in den Kommunen, benötigt werde. Nicht nur für den Bau der Kindertagesstätten seien Mittel nötig, sondern auch für deren Betrieb.

Die Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag ist der Ansicht, dass die Gewerbesteuereinnahmen den Kommunen in Gänze gehören. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die aus der Gewerbesteuer generierten Gelder bei den Kommunen insgesamt verbleiben, da diese weitreichendere Kenntnisse hinsichtlich der Frage haben, in welchen Bereichen es Investitionsbedarf gibt, als die Landesregierung. Die Schwarz-Grüne Koalition soll daher auf die Erhebung der angekündigten Heimatumlage ersatzlos verzichten, da anderenfalls auch die kommunale Selbstverwaltung ad absurdum geführt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

...

HESSISCHER LANDTAG

Angelika Löber

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

1

Der Magistrat
der Universitätsstadt Marburg
Eing. 28. Okt. 2019
Anlagen

Angelika Löber, MdL Wahlkreisbüro Biegenstraße 33 35037 Marburg

Magistrat der Universitätsstadt Marburg
Herr Oberbürgermeister Dr. Spies
Barfüßerstraße 5ß
35035 Marburg

24.10.2019

Sehr geehrter Herr Dr. Spies, lieber Thomas,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. September 2019 betreffend das sogenannte „Starke Heimat" Gesetz. Ihr Unverständnis diesbezüglich kann ich sehr gut nachvollziehen und teile dies ausdrücklich.

Die Welle der Empörung über die Heimatumlage steigt immer höher. In einer einzigartigen und parteiübergreifenden Geschlossenheit haben die Oberhäupter der hessischen Städte deutlich gemacht, dass sie die geplante Heimatumlage der Landesregierung nicht akzeptieren und sich gemeinsam gegen die Einführung dieses Gesetzes zur Wehr setzen werden, zur Not auch vor dem Staatsgerichtshof.

Das Gesetz „Starke Heimat Hessen" ist nicht, wie der Name es versprechen soll, eine Stärkung, sondern eine Schwächung der Kommunen. Es handelt sich hierbei zudem um einen Eingriff in die Kommunale Selbstverwaltung und bedeutet zusätzliche Bürokratie.

Die Kommunen sind gegen das Gesetz, unabhängig ob sie groß oder klein, reich oder arm sind und von welcher Partei sie regiert werden. Eine so breite Ablehnung der kommunalen Familie zu einer schwarzgrünen Initiative gab es in dieser Form sehr selten.

Selbstverständlich werden meine Kollegen und ich von der SPD-Fraktion uns weiterhin gegen die Heimatumlage einsetzen. Bei der Abstimmung über das entsprechende Gesetz in der nächsten Plenarsitzung werde ich gegen die Einführung stimmen.

Selbstverständlich informiere ich Sie, wenn sich in der Thematik etwas Neues ergeben wird und stehe Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Löber

***Angelika Löber, MdL***

Wahlkreisbüro
Biegenstraße 33
35037 Marburg
Telefon: 06421 1699013